



Ende Woche will die Regierung fix über die Verlängerung der bestehenden Massnahmen befinden, mitberücksichtigt wird die Situation in der Schweiz. An den Schulen hat man hingegen bereits erste Entscheidungen getroffen, die ab Montag gelten. Dies verkündeten Bildungsministerin Dominique Hasler, Regierungschef Daniel Risch und Gesundheitsminister Manuel Frick gestern auf einer Pressekonferenz. (Foto: IKR)

Situationsbericht

139 neue Fälle innert zweier Tage

VADUZ Innerhalb zweier Tage wurden 139 weitere Personen, die in Liechtenstein wohnen, positiv auf das Coronavirus getestet. Das geht aus den Zahlen des Amtes für Statistik für Sonntag (64 Fälle) und Montag (75 Fälle) hervor. Zudem ist eine weitere infizierte Person verstorben. Innerhalb der letzten sieben Tage wurden durchschnittlich 79,7 neue Fälle pro Tag gemeldet. In den sieben Tagen zuvor waren es im Durchschnitt täglich 71,3 neue Fälle. Aktiv mit dem Coronavirus infiziert sind aktuell 266 Personen, davon befanden sich Stand Montagabend 2 Personen im Spital. Wie aus den Zahlen des Amtes für Statistik weiter hervorgeht, beläuft sich die kumulierte Fallzahl seit Beginn der Pandemie mittlerweile auf 7340 laborbestätigte Infektionen. Davon haben 7001 Personen die Infektion überstanden. Insgesamt traten bislang 73 Todesfälle im Zusammenhang mit einer laborbestätigten Covid-19-Erkrankung auf. Die 7-Tages-Inzidenz pro 100 000 Einwohner liegt bei 1425 Fällen. Das heisst, in den letzten 7 Tagen wurden 1425 Personen hochgerechnet auf 100 000 Einwohner positiv getestet. Die hochgerechnete 14-Tages-Inzidenz pro 100 000 Einwohner beläuft sich auf 2700 Fälle. (red)

Abklärungen

3G am Arbeitsplatz in aktueller Situation noch keine Option

VADUZ Die Regierung kündigte Ende November eine Zweiphasenstrategie an. In dem Rahmen sollten Abklärungen zur Impfpflicht sowie zur 3G-Pflicht am Arbeitsplatz gemacht werden. Damals rechnete man gemäss Regierungschef Daniel Risch damit, dass man zum jetzigen Zeitpunkt mit 3G am Arbeitsplatz wieder auf das Maskentragen verzichten könnte. In der aktuellen Situation sei dieser Schritt aber nicht denkbar. «Da hat uns Omikron einen Strich durch die Rechnung gemacht», so der Regierungschef. Aus Sicht der Regierung wäre der Mehrwert einer solchen Massnahme nicht gegeben. Was die Impfpflicht angeht, würden die Abklärungen noch laufen und man rechne in den nächsten Wochen mit entsprechenden Ergebnissen. Die Regierung müsse wissen, welche rechtlichen Grundlagen für eine Impfpflicht nötig wären. Auch wenn man sich, wie Risch erklärt, Stand heute nicht in diese Richtung bewege: «Wir sind ganz klar der Meinung, dass die Impfpflicht für die aktuelle Situation, in der wir uns befinden, nichts bringen würde.» (tb)

Mangels Testkapazitäten

Prioritätenliste in der Hinterhand

VADUZ Angesichts der schweizweit stark ausgelasteten Laborkapazitäten ist fraglich, ob die Strategie des breiten Testens im Falle des prognostizierten starken Anstiegs der Infektionszahlen aufrechterhalten werden könnte. Manche Schweizer Kantone sehen sich bereits gezwungen, bei den Tests nach bestimmten Kriterien zu priorisieren. In Liechtenstein steht das noch nicht zur Debatte, wie Gesundheitsminister Manuel Frick auf Nachfrage erklärte. Eine allfällige Prioritätenliste hat Frick aber bereits in der Hinterhand, wie er ausführte: Zuoberst stehen die Testungen von symptomatischen Personen, gefolgt von Betriebstests im Gesundheitswesen, Tests an den Schulen und den Tests in den weiteren Betrieben. (ds)

Nahe der Proportionalität

Omikron sorgt für mehr Infektionen trotz Impfung

VADUZ Vom ersten bestätigten Fall bis zur Dominanz über das Infektionsgeschehen benötigte die Omikron-Variante fast genau einen Monat. So wurde am 7. Dezember 2021 die erste Omikron-Infektion im Land nachgewiesen und am 8. Januar 2022 das gesonderte Reporting eingestellt. Die ersten 25 Omikron-Fälle bis zum 26. Dezember trafen vor allem Geimpfte. Über den Jahreswechsel machten die Ungeimpften Boden gut und stellten bis zum 1. Januar sogar die Mehrheit der mit Omikron Infizierten. Auf dem endgültigen Weg zur Dominanz hat sich das Blatt dann wieder gewendet: Wie neuste Daten zeigen, wurden vom 2. bis zum 8. Januar 234 Geimpfte und 66 Ungeimpfte positiv auf Omikron getestet. Somit waren bis zum Ende der Erhebungen von insgesamt 421 mit Omikron infizierten Personen 292 komplett geimpft, wie das Ministerium für Gesellschaft auf «Volksblatt»-Anfrage erklärt. Damit sind die Omikron-Infektionen nahezu entsprechend den Bevölkerungsanteilen verteilt. Auf die 66 geimpften Prozent der Einwohner entfielen 69 Prozent der Omikron-Infektionen. Bei den 34 ungeimpften Prozent waren 31 Prozent der Omikron-Infektionen zu verzeichnen. Das

heisst, pro 1000 Geimpfte haben sich 11,4 Personen mit der neuen Virusvariante infiziert. Pro 1000 Ungeimpfte waren es 9,8 Personen. Das Risiko, zwischen dem 6. Dezember und dem 8. Januar positiv auf Omikron getestet zu werden, war für Geimpfte und Ungeimpfte also etwa gleich hoch. Davon ausgehend, dass sich alle überall an die geltenden Coronamassnahmen halten, wäre das Infektionsrisiko für Geimpfte de facto aber höher einzuschätzen. Aufgrund der vielerorts geltenden 2G-Regel finden unter Geimpften grundsätzlich mehr Kontakte statt. Wegen der bei der Omikron-Variante ausgeprägten Immunflucht steht die zweifache Impfung einer Infektion dabei nicht mehr effektiv im Wege. Zugleich zeigt sich, dass die angesichts der hohen Infektionszahlen eher tiefen Hospitalisierungszahlen zu einem wesentlichen Teil auf das rege Infektionsgeschehen unter Geimpften zurückzuführen ist. Im Spital und auch bei den Todesfällen sind nämlich Ungeimpfte weiter überproportional stark vertreten. Ob geimpft oder nicht: Gemäss Prognosen wird demnächst fast jeder mit der Omikron-Variante in Kontakt kommen. (ds)

Wie es in den nächsten Wochen weitergeht

2G wird voraussichtlich bis Ende Februar verlängert

VADUZ Während die Regierung gestern konkrete Massnahmen beziehungsweise Erleichterungen für den Schulalltag beschloss, wartet sie mit der Entscheidung über die Weiterführung der 2G-Pflicht noch ein paar Tage ab. Auf die grundsätzliche Stossrichtung hat man sich zwar geeinigt: Die aktuell geltenden und bis zum 24. Januar befristeten Massnahmen betreffend der 2G-Pflicht und weiteren Vorgaben für Gastronomie-, Kultur- und Freizeitbetriebe sowie für Veranstaltungen sollen bis Ende Februar verlängert werden. Den entsprechenden Entscheid will die Regierung aber erst noch treffen und Ende Woche verkünden. Denn noch ist offen, wie sich der Bundesrat heute entscheiden wird. Er hatte eine Verlängerung der 2G-Regel bis Ende März vorgeschlagen und zudem weitere Fragen in Konsultation geschickt - etwa zur Kapazität im Bereich der Akutbetten, zur Testpflicht vor der Einreise oder zur Anpassung der Teststrategie wegen der starken Auslastung der Labors, zum Verzicht auf Antigen-Schnelltests oder zur kompletten Aufhebung der Quarantäneregeln. Auch eine Ausweitung der Maskenpflicht im öffentlichen Raum stand zur Debatte.

Die Entscheide des Bunderates wird die liechtensteinische Regierung gegebenenfalls miteinbeziehen. «Wir denken aber, dass die Verlängerung bis Ende Februar ein Zeitraum ist, den wir überblicken können und bis dahin neue Erkenntnisse haben», so Regierungschef Daniel Risch. Es sei aber auch möglich, dass man die Massnahmen nochmals verlängern müsse.

Höhepunkt in den nächsten Wochen

Aktuell hält die Regierung weder Lockerungen noch Verschärfungen für angebracht, die Fallzahlen bewegen sich auf Rekordniveau. «Die Lage bleibt nach wie vor angespannt und in vielen Punkten unsicher», so Risch. Experten würden jedoch davon ausgehen, dass der Höhepunkt der Omikron-Welle in den nächsten Wochen erreicht wird. Auch Gesundheitsminister Manuel Frick erkennt einen leichten Trend, das Wachstum scheint sich zu verlangsamen. Ein erfreuliches Bild zeige sich bei den Hospitalisationen, die rückläufig sind. Auch auf den Intensivstationen würde die Zahl der Covid-19-Patienten langsam zurückgehen - «für eine Entwarnung wäre es aber zu früh». (df)